

Schule eingeführt werden soll. Das Elterntum und Gewissensrecht sind für uns immer die Gründe unserer Haltung gewesen. Wir lehnen, geküßt auf die erwähnte Erklärung der Reichsregierung, jede Bevorgung der Regelschule ab. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich weise die Auffassung des Abgeordneten Schede zurück, als ob die katholische Kirche die Schule so einrichten wolle, wie der Papst bestimme, und die Kirche in Bezug auf die Schule über den Staat stehe. Der Abg. Schede empfindet Genugtuung darüber, daß die Sozialdemokratie jetzt nicht in der Zwangslage ist, an dem Schulgesetz mitzuwirken, aber der erste Reichspräsident hat für diese Aufgabe Verständnis gezeigt. Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat ist nicht so einfach, wie der Abg. Schede annimmt. Wir haben eine ganz andere Auffassung vom Staat. Nach unserer christlichen Staatsauffassung hat der Staat den Zweck, die großen Menschheitsziele, die der einzelne nicht erreichen kann, durch Zusammenfassung der Beteiligten zu verwirklichen.

Schon unsere Auffassung über diesen Ursprung des Staates bedingt es, daß wir dem Staat mit Liebe, Hingabe und Opferwilligkeit gegenüberstehen. Der Staat hat dafür zu sorgen, daß die jungen Staatsbürger so erzogen werden, daß sie befähigt sind, ihre Aufgaben dem Staate gegenüber an richtiger Stelle zu erfüllen. Der Staat hat das Recht, das Mindestmaß von Bildung für jeden Staatsbürger festzusetzen. Er kann auch die Eltern, die sich weigern, ihre Kinder unterrichten zu lassen, dazu anhalten. Unser Staat als Kulturstaat hat dafür zu sorgen, daß unser Bildungswesen möglichst umfangreich werde und kein Chaos durch Einseitigkeit entfessele, daß das Bildungswesen im ganzen Reich so gefördert wird, wie es eines Kulturstaaes würdig ist. In dieser Beziehung erkennen wir das Recht des Staates an. Nur eins können wir dem Staate nicht zugestehen, nämlich die Schulmonopolstellung, die absolute Herrschaft über das Bildungswesen. Die religiöse Erziehung ist ein Gebiet, das dem Staat nicht zugestimmt. Der Staat soll auch nicht ein Schulmonopol verlangen. Der Staat soll in seinen Befugnissen der Erziehung durchaus nicht eingeschränkt werden. Man muß aber auch der Kirche ihre Rechte zugestehen. Das ist in der Vorlage noch nicht in ausreichendem Maße der Fall. Keine Schularbeit gewährt so die innere Geschlossenheit der Schule wie die konfessionelle Schule. Wir wissen sehr wohl, was der junge Mensch zu seinem Fortkommen lernen muß. Die Einwirkung ist durchaus fest, daß in der Bekenntnisschule die Religion allein gepflegt wird. Auch in der praktischen Ausbildung wird sich die Bekenntnisschule von keiner anderen Schularbeit unterscheiden lassen.

Am 18.30 Uhr wurde die Beratung des Schulgesetzes auf Mittwoch, 13. Okt., vertagt.

Ein kommunistischer Antrag über die Saargängerunterstützungen wurde dem Ausschuss überwiesen.

Ohne Aussprache wurden das Grenzberichtigungsabkommen mit Frankreich und das Luftverkehrsabkommen mit Italien in allen drei Lesungen angenommen.

Das Übereinkommen über die internationale Rechtsordnung der Seefischen ging an den Auswärtigen Ausschuss.

Angenommen wurden in allen drei Lesungen die internationale Rechtsordnung der Eisenbahnen und das Luftverkehrsabkommen mit Großbritannien.

Bei der Feststellung der Tagesordnung für die Mittwoch-Sitzung entwickelte sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Die Kommunisten beantragten Ablehnung der Schulvorlage und dafür die Beratung kommunistischer Anträge und Interpellationen. Die Beratung ihrer Anträge wurde in mehreren Abteilungen abgelehnt, und Vizepräsident Graf Thüringen erklärte, damit sei automatisch kein Vorschlag angenommen auf Weiterberatung des Schulgesetzes. Die Abg. Siedler (Komm.), Koch-Weser (Dem.) und Dillmann (Soz.) bezeichneten dagegen die Abstimmung über die beantragte Ablehnung des Schulgesetzes als notwendig. Abg. Leich (Bayer. Vp.) rief dem Vizepräsidenten, die Abstimmung vorzunehmen, da die Frage zweifelhaft sei. Nach einem längeren, oft von Lärm und Gelächter begleiteten Wortwechsel über die Auslegung der Geschäftsordnung mit der Linken ließ Vizepräsident Graf Thüringen ablehnen mit dem Ergebnis, daß nach keinem Vorschlag die Weiterberatung der Schulvorlage auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Die Wahlreform

Das Zentrum ergreift die Initiative.

Berlin, 19. Oktober.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat im Reichstage folgende Interpellation eingebracht:

Das geltende Wahlverfahren zur Reichstagswahl der Deutschen Republik hat schwerwiegende Mängel im Gefolge gehabt. Durch die Listenwahl wird die Beeinflussung der Bewerberauswahl seitens der gesamten Wählerschaft wesentlich beeinträchtigt. Die Größe des Wahlkreises macht die notwendige enge Vertrauensverbindung zwischen Wählerschaft und Abgeordneten unmöglich. Wir fragen an: Ist die Reichsregierung bereit, einen Gesetzentwurf, der das Wahlverfahren zur Beseitigung dieser Mängel umgestaltet, so rechtzeitig einzubringen, daß er noch von dem jetzigen Reichstage verabschiedet werden kann?

Die Präsidentenbüsten aufgestellt

Berlin, 18. Oktober

Im Reichstag wurden heute mit einer feierlichen Zeremonie die Marmorbüsten der ersten beiden Reichspräsidenten Friedrich Ebert und von Hindenburg übernommen, die in der Wandelhalle aufgestellt sind. Die Büste Eberts ist von Prof. Flecker-München, die Büste Hindenburgs von Prof. Scharrf geschaffen worden. In der Wandelhalle, die unter Leitung des Oberbaurats Groß vom Reichsfinanzministerium seitlich geschmückt war, hatten sich neben den Vertretern der Parteien Reichstagspräsident Marx, die Minister Kochler, Stresemann, Dr. Koch, Hergt und von Reubell versammelt. Der Reichstagspräsident führte die Büsten der verstorbenen Reichspräsidenten Ebert an den Ehrenplatz. Anwesend war auch Dr. Meißner, der beiden Reichspräsidenten seine Dienste als Staatssekretär gewidmet hat.

Von einem mit den schwarz-goldenen Reichsfarben drapierten Rednerpult aus hielt Reichstagspräsident Loebe eine kurze Ansprache, in der er die Verdienste der beiden Präsidenten würdigte. Er schloß mit den Worten: „Ich übernehme hiermit die Standbilder für die Reichstagsverwaltung und gebe der Hoffnung Ausdruck, daß sie jeden Besucher, den fremden Besucher und den Abgeordneten daran erinnern mögen, was der wahre Patriot seinem Lande und seinem Volke schuldig ist.“

Brauns greift ein

Donnerstag Einigungsverhandlungen im mitteldeutschen Kohlenstreik — Das Einsetzen der Technischen Rothhilfe in Böhlen und Birschtal

Berlin, 19. Oktober.

Zur Fortsetzung des Einigungs- und Schlichtungsverfahrens im Kohlenstreik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hat der Schlichter die Parteien auf Donnerstag, den 20. Oktober nach Berlin geladen.

Der Deutsche Braunkohlenindustrieverein und die Streikleitungen erklären, daß sie der Einladung des Schlichters zur Fortsetzung der Schlichtungsverhandlungen auf Donnerstag vormittag Folge leisten werden.

Halle, 19. Oktober.

Kohlarbeiter werden nach wie vor verrichtet, wenn auch an zwei Stellen die Technische Rothhilfe eingesetzt worden ist, nämlich in Birschtal in der Oberlausitz und in Böhlen bei Leipzig. Wenn die Technische Rothhilfe aus diesen beiden Berichen nicht zurückgezogen wird, wird die Zentralleitung bei längerer Dauer des Streikes zu der Frage Stellung nehmen, ob nicht sämtliche Kohlarbeiter, soweit Sachsen in Frage kommt, zurückgezogen werden. Heute findet im sächsischen Wirtschaftsministerium zur Vereinigung dieser Frage eine Sitzung mit den Organisationsvertretern statt. Der Einsatz der Technischen Rothhilfe begrenzt nur die Sicherstellung des dringendsten Strombedarfes, es wird nicht der gesamte Betrieb aufrechterhalten, sondern nur ein Teil, der zur Versorgung der lebenswichtigsten Betriebe des Landes notwendig ist.

Die Zentralstreikleitung erklärt, die sächsische Regierung sei an die Zentralstreikleitung herangetreten mit dem Verlangen, die Versorgung des freistaatlichen Sachsens mit Strom zu gewährleisten. Hieraus habe die Streikleitung jedoch nicht einsehen können.

Aus dem Wachsenburger Ländchen wird über die Streiklage vom 17. Oktober berichtet: Die hiesigen Betriebe der Braunkohlen- und Zementindustrie u. s. sind von dem Bergarbeiterstreik wenig betroffen. Die Betriebe sind heute voll aufrechterhalten worden. Der geringe Ausfall durch Streikende

wurde durch Einsatz von technischem und kaufmännischem Personal wettgemacht. Auf der Rauchhammerischen Kogner Grube ruht die Arbeit, ebenso auf den Nachbargruben von Kietzsch und Anna-Hütte. Die Plessener Braunkohlenwerke und die Heutersther Kohlenwerke haben ihre Betriebe fast einschränken müssen. Der Pöhlinger Bergbau, die Gruben Luitz und Hansa liegen völlig still. Bisher ist es zu Störungen der Ordnung nicht gekommen, jedoch wurden Arbeitsmängel wiederholt von den Streikposten bedingt. Die Gruben haben polizeilichen Schutz erbeten.

Wie U. V. Handelsdienst erfährt, ist die in der Presse verbreitete Nachricht über eine Lohnrückbildung bei den Z. G. Gruben im mitteldeutschen Braunkohlenbezirk falsch.

Schwierigkeiten für die Kaliwerke

Halle, 18. Oktober. (T. U.)

Da die Belegschaften der Braunkohlengruben in der Gegend der Mulde am Montag fast restlos in den Streik getreten sind, und die konsolidierten Kali-Werke in Westeregeln nur über ganz geringe Haldbestände verfügen, liegen diese Werke heute still. Verhandlungen, die von der Verwaltung der Grube Cassar in Egeln mit der Belegschaft angeknüpft wurden, um die Kohlenversorgung wenigstens für die großen Kaliwerke zu sichern, sind ergebnislos verlaufen. Es muß infolgedessen mit schweren Rückwirkungen auf die abhängigen Industrien des ganzen Gebietes gerechnet werden. In den halblegenden Gruben werden nur die Kohlarbeiter verrichtet. Außer den Kali-Werken Westeregeln ist auch der Salzsäure-Hadmarsleben zum Stillstand gekommen.

Die Stromversorgung der Umgebung ist einwirken noch gehindert. In den Mittagsstunden wird heute eine Sitzung des Zentralstreikkomitees stattfinden, in der wahrscheinlich zum bevorstehenden Eingreifen des Reichsarbeitsministers und den zu fordernden Garantien Stellung genommen werden dürfte. Die Streiklage wird heute früh von der Streikleitung als leicht verschärft bezeichnet. Ein Teil der gestrigen noch teilweise in Betrieb befindlichen Gruben hat im Laufe der Nacht ebenfalls die Arbeit eingestellt.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses

Berlin, 19. Oktober. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist zu seiner nächsten Sitzung auf Freitag, den 21. Oktober einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Genfer Verhandlungen.

Hege über Deutschlands Entwaflung

Newport, 17. Oktober.

General Hege antwortete den amerikanischen Pressevertretern auf ausenpolitische Fragen: Meine Herren, ich bin Soldat und halte mich grundsätzlich davon fern, öffentlich ausenpolitische Fragen zu besprechen. Es gibt darunter natürlich viele Fragen, die mich außerordentlich interessieren, geradezu, wie sie jeden Deutschen beschäftigen. Ich glaube jedoch darüber jetzt nicht reden zu sollen, denn ich reise nicht in offizieller Eigenschaft, sondern ich bin gekommen, um hier meinen Urlaub zu verbringen und dabei einsehen von der amerikanischen Armee zu sehen, nicht aber über Politik zu sprechen. Auf die Frage: „Ist Deutschland entwaflungsfähig?“ antwortete General Hege: Sie wissen alle, in welchem Ausmaße der Vertrag von Versailles eine Entwaflung Deutschlands festgelegt hat und daß die internationalisierte Kommission in den letzten beiden Jahren die Durchführung dieser Vertragsbestimmung überwacht hat. Die Tatsache, daß diese Kommission nach dem in Genf im vergangenen Dezember getroffenen Übereinkommen aufgelöst wurde, ist, glaube ich, ein hinreichender Beweis dafür, daß Deutschlands Entwaflung vollständig durchgeführt ist. Auf die Frage: „Wie ist Ihr heutiges Heer?“ antwortete General Hege: Die Reichswehr ist eine kleine, aber gutgeübte Armee für rein defensive Zwecke. Sie ist weder groß genug noch entsprechend ausgerüstet, sie besitzt weder Tanks noch schwere Artillerie noch Marineschluggewe, um der Herrschaft irgendeiner der europäischen Großmächte entgegenzutreten zu können. Auf die Frage: „Ist es wahr, daß Deutschland im Geheimen rüftet, und gibt es eine Schwarze Reichswehr?“ antwortete General Hege: Die Behauptung, daß Deutschland im Geheimen rüftet, ist ebenso unfähig wie unbegründet. Die deutsche Regierung hat weder die Absicht noch ist sie praktisch in der Lage, ein geheimes Aushebungs- und Bewaffnungssystem durchzuführen.

Die Kämpfe um Peking

London, 18. Oktober. (E. P.)

Der englische Gesandte in Peking ist bei der chinesischen Regierung in der Angelegenheit der Zinszahlung für die englisch-französische Anleihe vorstellig geworden, da irgendwelche Zahlungen nach englischen Meldungen bisher noch nicht geleistet wurden. In Peking wird noch immer Maschinengewehrfeuer gehört, das wahrscheinlich von den Kämpfen der Schanhai mit den mandchurischen Truppen herrührt, wobei jedoch nicht feststeht, ob es sich um reguläre Truppen oder, was wahrscheinlicher ist, um Bandenkämpfe handelt. Die Hauptstreikkräfte der Schanhai-Truppen haben sich bis in die Gebirgsgegend der Provinz zurückgezogen. Die sonstige Lage ist dadurch noch verwickelter geworden, daß General Feng, der Gouverneur der Mongolei, im südlichen Teil der Provinz Schanhai einmarschiert, die bisher mit ihm als verbündet galt.

* Abflug eines deutschen Flugzeuges am Schwarzen Meer. Ein auf der Straße Bularek-Konstantinopel fliegendes deutsches Flugzeug stürzte in der Nähe von Anghijel an der Küste des Schwarzen Meeres ab. Das Flugzeug wurde beschädigt; Personen wurden nicht verletzt.

Neue Erdbeben in Wien

Wien, 18. Oktober.

In Wien und Umgebung wurde heute in früher Morgenfrühe ein neues Erdbeben verspürt. Der Herd des Bebens liegt nach den bisherigen Feststellungen bei Sanddorf. Dort wurde der Erdstoß so stark verspürt, daß die Leute im Schlaf aus den Betten gerissen wurden. Laut Mitteilung der meteorologischen Zentralanstalt verzeichneten die Apparate um 2 Uhr 14 Minuten früh das Beben.

Ueberflutungen in Rom und Calabrien

Rom, 15. Oktober.

In der Nacht zum Sonntag ging in Rom ein heftiger Regen nieder, der an verschiedenen Punkten der Stadt die Keller überschwemmte. Auf dem vatikanischen Hügel mußten einige Bauarbeiten für Obdachlose geräumt werden. Infolge des Eindringens von Wasser in die elektrischen Anlagen blieb ein Teil der Stadt heute nacht und in den Morgenstunden ohne elektrischen Strom. Die meisten Morgenblätter konnten daher erst gegen Mittag erscheinen.

Auch in Calabrien haben starke Regengüsse Schaden angerichtet. Ein kleiner Bahnhof in der Nähe von Reggio di Calabria war einen Meter hoch überschwemmt. Der Zugverkehr mußte auf dieser Strecke eingestellt werden. In der Nähe von Macarata wurde ein Haus von einem Erdbeben verflüsselt. Drei Personen und eine Menge Vieh kam dabei um.

Mysteriöse Mordtat in Chicago

Chicago, 17. Oktober.

Eine geheimnisvolle Mordaffäre hält gegenwärtig die Bevölkerung in Spannung. Heute früh wurden aus einem fahrenden Auto die Leichen zweier erschossener Mädchen auf die Straße geworfen. Der Wagen geriet dann ins Schleudern und prallte gegen eine Hauswand. Der Führer des Autos saß tot am Steuer. Im Innern des Wagens fand man auf dem Boden einen Revolver. Man suchte gegenwärtig zu ermitteln, ob der Wagenführer die beiden Mädchen erschossen und dann Selbstmord begangen hat, oder ob die drei Personen Opfer eines noch unbekanntem Mörders geworden sind.

Von einem hübschen Pferde angefallen wurde die Pflanzfrau einer Damenschneidemeisterin in Breslau. Als die Frau am Freitag in der Karlsruher Straße mit ihrem Viererwagen an einem Pferdewagen vorbeifuhr, wurde sie von einem Pferde durch einen Hieb in die Brust derartig schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus der Elisabethinen eingeliefert werden mußte. Das Pferd soll schon öfters Personen gebissen haben.

Die gefährlichste Luftbühne. Eine gefährliche Spielerei mit der Luftbühne veranstaltete der 16-jährige arbeitslose August Palmowski mit einigen Altersgenossen auf dem Felde in der Nähe der Schneidemühle Hermannau bei Allen. Kein Palmowski nahm den Rufführer Franz Berthert, der auf dem Felde mit Wahren von Kartoffelsträußen beschäftigt war, als Zielscheibe ins Auge und verfehle ihn kurz hintereinander mit je einer Kugel am linken und rechten Ohr. Die eine Kugel war drei Zentimeter tief ins Ohr eingedrungen und hätte leicht den Tod des Betroffenen herbeiführen können. Der Verletzte mußte sich einer sofortigen Operation unterziehen.

In einem Haus in Pöchlitz. In Pöchlitz bei Wien wollte eine ledigliche Frau Eier aus den Nestern nehmen. Als sie über einen Heuschaber kam, stürzte sie und verwickelte sich in dem ausgefahrenen Heu. Da sie sich allein nicht mehr herausarbeiten vermochte und Hilfe nicht zur Stelle war, fand die alte Frau den Götterdienst.